

Planungsbeschleunigung/ Deregulierung 2020 – Übersicht: Raumordnung/ Bauleitplanung

Status/ Geltungsbereiche:	Inhalt	Ziele/ Auswirkungen
Gesetz zur Mobilisierung von Bauland (Änderung BauGB)		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ bundesweit ▪ Referentenentwurf, Verbändeanhörung abgeschlossen, wird voraussichtlich bis Ende 2020 verabschiedet 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung der Möglichkeit zur Zahlung von Ersatzgeld für nicht real kompensierbare Eingriffe (bisher nicht möglich) ▪ Wird von der Gemeinde vom Vorhabenträger oder Eigentümer erhoben. ▪ Verwendung des Ersatzgeldes durch die Kommune für Naturschutzmaßnahmen vorgesehen, keine weiteren Vorgaben dazu (z.B. Kopplung an den Landschaftsplan) ▪ Verlängerung § 13 b BauGB, beschleunigtes Verfahren: keine Umweltprüfung, kein Umweltbericht, keine Anwendung der Eingriffsregelung; für: Wohnbebauung im Außenbereich < 10 ha im Anschluss an bebaute Ortsteile bis Ende 2022 (Einleitung des Verfahrens) bzw. 2024 (Satzungsbeschluss) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der kommunalen Planungshoheit (Bauleitplanung) ▪ Verfahrensbeschleunigung/-vereinfachung ▪ Investitionserleichterung <p>Durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Problem der Flächenverfügbarkeiten für den Ausgleich von Eingriffen (zusätzlich zu der Fläche für die Bebauungsgebiete) im Rahmen der Bauleitplanung wird gelöst, indem dieses Erfordernis in der bisherigen Form abgeschafft wird ▪ Abbau entgegenstehender naturschutzfachlicher Standards (Ziel der Erhaltung des Status Quo in der Fläche wird weiter reduziert/ aufgegeben)
Seite des BMWi dazu mit STN: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/baulandmobilisierungsgesetz.html;jsessionid=FOEDC172C37ADD821C8A91C00CBB7621.1_cid295		
Änderung des Landesentwicklungsplans LEP		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ NRW-weit ▪ Geltend seit 2019 (Umsetzung Entfesselungspaket II) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abschwächung Steuerung Flächenverbrauch durch Streichung des Grundsatzes 5 ha/ Tag 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der kommunalen Planungshoheit (Bauleitplanung) <p>Durch:</p>

Status/ Geltungsbereiche:	Inhalt	Ziele/ Auswirkungen
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zusätzliche Möglichkeiten zur Erweiterung von Siedlungsflächen außerhalb des zeichnerisch und nach der Bedarfsberechnung festgesetzten Bedarfs in den Regionalplänen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schwächung der Raumordnung im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit in der Fläche zugunsten wirtschaftlicher Ziele
Seite MWIDE: https://www.wirtschaft.nrw/landesplanung STN der Naturschutzverbände NRW: https://www.lb-naturschutz-nrw.de/news/nachhaltigkeit-statt-entfesselung-stellungnahme-zur-geplanten-aenderung-des-landesentwicklungsplans.html		
Landesplanungsgesetz NRW		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ NRW-weit ▪ Entwurfsfassung aus 2019, Kommunalverbändeanhörung hat schon 2018 stattgefunden, es gibt aber weiter keine Informationen dazu 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landesplanerische Anpassung (§ 34 LPIG NRW) nur noch als beratende Funktion ▪ Experimentierklausel: vereinfachtes Anzeigeverfahren/ Zielabweichungsverfahren und Abweichungsverfahren (Braunkohlepläne, s.u.) für Vorhaben der Energiewende, mit Auswirkungen auf Klima und Strukturwandel, der Digitalisierung ▪ Möglichkeit der Erarbeitung von Regionalplänen durch Dritte (Verfahrenshelfer) eröffnet, denkbar z.B. Zunkunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) oder Region Köln/ Bonn e.V. (Agglomerationskonzept Köln Bonn) ▪ Einführung eines Abweichungsverfahrens für die Braunkohlepläne ▪ Keine verpflichtende Erörterung/ Meinungsabgleich mehr vorgesehen für Regionalplanverfahren und Zielabweichungsverfahren (fakultativ) ▪ Außerdem: Verkürzung von Fristen bei der Beteiligung von Öffentlichkeit und Behörden, Wegfall behördliche Berichte, Reduzierung der Planauslegung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der kommunalen Planungshoheit (Bauleitplanung) ▪ Verfahrensbeschleunigung/ -vereinfachung ▪ Investitionserleichterung Durch: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schwächung der Raumordnung im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit in der Fläche zugunsten wirtschaftlicher Ziele ▪ Abkoppelung von gesetzlich legitimierten Planungswegen und -institutionen, Übertragung von Steuerungskompetenzen auf nicht behördliche Planungsträger
Verband der kommunalen Spitzenverbände: Sitzungsunterlagen vom Ausschuss für Städtebau, Bauwesen und Landesplanung, 98. Sitzung am 07.03.2019 in Bergisch Gladbach, TOP 7: https://www.kommunen.nrw/der-verband/fachgremien/fachausschuesse/fa-staedtebau-bauwesen-landesplanung/dokument/98-sitzung.html?tx_stgb_stgbdocuments%5Baction%5D=detail&tx_stgb_stgbdocuments%5Bcontroller%5D=Documents&cHash=e8c00251db038883db0ff91e3ee9c8bf STN der Kommunal-Verbände: file:///C:/Users/svkampen/AppData/Local/Temp/5/TOP_7_Landesplanungsgesetz_Anlage_2.pdf		
Sonderwirtschaftszone Rheinisches Revier (RR)		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Sonderwirtschaftszone soll gesetzlich verankert werden als 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entbindung von der landesplanerischen Anpassungspflicht (§ 34 LPIG NRW) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verfahrensvereinfachung, -beschleunigung

Status/ Geltungsbereiche:	Inhalt	Ziele/ Auswirkungen
<p>Modellregion für Strukturwandel mit Erprobungsstatus für landesweite Ausweitung/ Übertragung der Maßnahmen. Planungsstand nicht bekannt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationsgrundlagen: <ul style="list-style-type: none"> – Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Revier (WSP 1.0) 2020, – Stellungnahmen der Bezirksregierungen/ Regionalplanungsbehörden Köln und Düsseldorf, – Aussagen im Plankonzept für den neuen Regionalplan Köln/ Ratsbeschluss März 2020, – Entfesselungspakete I-V. ▪ Geltungsbereich: <ul style="list-style-type: none"> – Kreise: Heinsberg, Rhein-Erft-Kreis, Düren, Euskirchen, Städteregion Aachen (Regierungsbezirk Köln), – Rhein-Kreis-Neuss und Stadt Mönchengladbach (Regierungsbezirk Düsseldorf) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ggf. Aussetzen von Zielen der Raumordnung zugunsten des Strukturwandels ▪ Deklaration des Strukturwandels als Erfordernis der Raumordnung, z.B. als Ziel, Umsetzung über Neuaufstellung/ Änderung der Regionalpläne (denkbar auch über die räumlichen Grenzen des RR hinaus) ▪ Umsetzung von „Akutstandorten des Strukturwandels“ über vorgezogene Regionalplanänderungen außerhalb des laufenden Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln ▪ Anwendung des § 13 b für alle Projekte im RR (beschleunigtes Bauleitplanverfahren ohne Umweltprüfung, Umweltbericht, keine Anwendung der Eingriffsregelung: kein Ausgleich und Ersatz von Eingriffen in Natur und Landschaft) ▪ „Überdenken“ der drei Ebenen der Raumplanung (Landesplanung, Regionalplanung, Bauleitplanung) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Investitionserleichterung ▪ Stärkung der kommunalen Planungshoheit (Bauleitplanung); Ziel: möglichst alleinige Raum-/ Flächenentwicklungskompetenz <p>Durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schwächung bis Aussetzung der Raumordnung im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit in der Fläche zugunsten wirtschaftlicher Ziele ▪ Abkoppelung von gesetzlich legitimierten Planungswegen und -institutionen ▪ Abbau entgegenstehender naturschutzfachlicher Standards (Ziel der Erhaltung des Status Quo in der Fläche wird weiter reduziert/ aufgegeben)
<p>Entfesselungspakete NRW: https://www.wirtschaft.nrw/entfesselungspakete-der-landesregierung WSP: https://www.rheinisches-revier.de/neues/wirtschafts-und-strukturprogramm-wsp-1-0-hier-herunterladen-2019-12-13/ STN der Naturschutzverbände NRW: https://www.lb-naturschutz-nrw.de/news/strukturwandel-im-rheinischen-revier-naturschutzverbaende-kritisieren-den-bisherigen-planungsprozess.html Regionalplan Köln, Plankonzept: https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/ueberarbeitung/regionalplan_ueberarbeitung/plankonzept/index.html</p>		

Planungsbeschleunigung/ Deregulierung 2020 – Übersicht: Verkehrsplanung

Status/ Geltungsbereiche:	Inhalt	Ziele/ Auswirkungen
Bundeskompensationsverordnung (BKompVO)		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesweit, für Vorhaben mit Zuständigkeit der Bundesverwaltung für Zulassung oder Ausführung >> z.B. Energieleitungen der Bundesnetzagentur, (Freileitungen/ Erdkabel), Eisenbahnprojekte des Eisenbahn-Bundamtes (Großteil der Schienen-wege), Bundes-Wasserstraßen, Digitalisierungsvorhaben ▪ Verabschiedet 2020 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tlw. massive Reduzierung von Kompensationsmaßnahmen/ Ersatzgeld (in NRW möglicherweise nicht ganz so stark, weil ein Kahlschlag schon in den 2000er Jahren u.a. durch einen Wechsel des per Erlass vorgegeben Berechnungsmodells für Verkehrsvorhaben für bis zu 40 % weniger Ausgleich und Ersatz in NRW gesorgt hat) ▪ Fachliche Konzentration/ Fokussierung auf Auswirkungen besonderer Schwere und besondere Schutzwürdigkeit der Schutzgüter ▪ Stärkere Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verfahrensbeschleunigung/ -vereinfachung ▪ Stärkung der Interessen der Verkehrsplanung <p>Durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesweite Vereinheitlichung der Eingriffsregelung im Anwendungsbereich der BKompVO ▪ Abbau naturschutzfachlicher Standards (Ziel der Erhaltung des Status Quo in der Fläche wird weiter reduziert/ aufgegeben)
<p>Seite des BMU dazu: Entwurf mit Begründung: https://www.bmu.de/gesetz/referentenentwurf-zur-verordnung-ueber-die-kompensation-von-eingriffen-in-natur-und-landschaft-im-zus/ Gesetzestext: https://www.bmu.de/gesetz/verordnung-ueber-die-kompensation-von-eingriffen-in-natur-und-landschaft-im-zustaendigkeitsbereich-der/</p>		
Änderung der Zuständigkeiten für Bundesfernstraßen/ -autobahnen		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesweit, ab 2021 ▪ Bundesautobahnen werden Sache des Bundes ▪ Dadurch: Geltungsbereich BKompVO 	<ol style="list-style-type: none"> 1. über die Autobahn-GmbH (Gesellschaft im alleinigen Eigentum des Bundes, Planung/ Bau/ Betrieb) <ul style="list-style-type: none"> – <i>bisher zuständig: Landesbetrieb Straßenbau NRW</i> 2. über das Fernstraßen-Bundesamt (FBA) als neue zuständige Stelle für <ul style="list-style-type: none"> ▪ Linienbestimmung für Bundesfernstraßen – <i>bisher zuständig: Bundesverkehrsministerium</i> ▪ Planfeststellung/ Plangenehmigung von Bundesautobahnen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verfahrensvereinfachung, -beschleunigung <p>Durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Alleinige Planungs-/ Verfahrenskompetenz für den Bund schaffen ▪ Vereinheitlichung der Planungsverfahren

Status/ Geltungsbereiche:	Inhalt	Ziele/ Auswirkungen
	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Bisher zuständig: Verkehrsministerium NRW</i> ▪ für die Anhörungsverfahren - <i>bisher zuständig: Bezirksregierungen</i> - auch: Erarbeitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften - auch: Umwidmungen und Aufstufungen von Landes- zu Bundesstraßen/ Bundesautobahnen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abbau naturschutzfachlicher Standards (BKompVO)
<p>FBA: https://www.fba.bund.de/DE/Home/home_node.html Autobahn-GmbH: https://www.autobahn.de/</p>		
<p>Verlust informelle Beteiligungskultur in NRW</p>		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Damit ggf. einhergehend in NRW ▪ Grundlagen: ▪ Runderlass des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (jetzt MVEL) vom 21.11.1989 "Beteiligung der nach § 29 BNatSchG anerkannten Verbände in Verfahren zur Linienbestimmung gemäß § 37 StrWG NW und § 16 FStrG sowie in straßenrechtlichen Planfeststellungsverfahren" ▪ Rundverfügung von Straßen.NRW vom 21.12.2004 "Allgemeine Rundverfügung Nr. 9: Beteiligung von Behörden und Naturschutzvereinen bei der Erstellung von UVS, LBP, UVU und FFH-VP" 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Linienbestimmung bisher: aktive Unterrichtung der Verbände, Abstimmungsgespräche, Übersendung von Unterlagen ▪ Planfeststellung bisher: Unterrichtung, Übersendung von Unterlagen, Abstimmungen (UVS, LBP, FFH-VP) ▪ Bisherige informelle Beteiligung entfällt; die Verbände können dann erst zum fertigen Entwurf in der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung Stellung nehmen ▪ Ggf. Scoping-Beteiligung über § 15 Abs. 3 UVPG (fakultativ) ▪ Ggf. frühzeitige Beteiligung über § 25 Abs. 3 VwVfG (nicht verpflichtend für den Vorhabenträger, Hinwirkungspflicht für die Behörde) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verfahrensvereinfachung, -beschleunigung <p>Durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schwächung der zivilgesellschaftlichen Mitwirkung, hier: Naturschutzverbände
<p>Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen</p>		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesgesetz ▪ Geltungsbereich: Strukturwandelregionen in Deutschland (Braunkohle/ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesetzliche Festlegung des Bedarfs von zusätzlichen Bundesfernstraßen (§ 20, NRW nicht betroffen) und Schienenwegen (§ 21, NRW betroffen) über die bereits in den Ausbaugesetzen gesetzlich festgelegten Bedarfe hinaus 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Durchsetzung von Interessen/ Projekten der Verkehrsplanung ▪ Verfahrensvereinfachung, -beschleunigung

Status/ Geltungsbereiche:	Inhalt	Ziele/ Auswirkungen
Steinkohle), u.a. Rheinisches Revier (RR) ▪ Verabschiedet 2020	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesetzliche Festsetzung für den Bedarf für die genannten Schienenprojekte (§ 21) >> In NRW z.B. (Anlage 4, Abschnitt 2): <ul style="list-style-type: none"> – Ausbau Strecke Aachen/ Köln, – S-Bahn-Ausbau rund um Knoten Köln, – S-Bahn-Netz RR (u.a. zweigleisigen Ausbau), – S-Bahn Köln/ Mönchengladbach (Hier: Hochstufung Bedarfskategorie im BVWP ohne Bewertungsaktualisierung nach regulärer Bedarfsplanung) ▪ Sofortvollzug für alle hier genannten Projekte: keine aufschiebende Wirkung einer Klage (zu §§ 20/ 21) ▪ Festlegung der Finanzierung zahlreicher weiterer Projekte, u.a. 14 Ortsumgehungen um die Tagebaue (§ 22, Anlage 5) 	Durch: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verlassen der üblichen Planungswege, tlw. Abkoppelung von der geltenden Bedarfsplanung, keine gesamthafte Planung für das RR als Grundlage ▪ Einschränkung Rechtsschutz
Seite des BMWi dazu mit STN: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Service/strukturstaerkungsgesetz-kohleregionen.html		
Sonderwirtschaftszone Rheinisches Revier (RR)		
s.o. Tabelle Bauleitplanung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ggf. Aussetzen von Zielen der Raumordnung zugunsten des Strukturwandels ▪ Deklarierung des Strukturwandels als Erfordernis der Raumordnung, z.B. als Ziel, Umsetzung über Neuaufstellung/ Änderung der Regionalpläne (denkbar auch über die räumlichen Grenzen des RR hinaus, z.B. auch für zuführende Verkehrsstrassen) ▪ Deklarierung des Strukturwandels als „überwiegendes öffentliches Interesse“ >> Schaffung von rechtlich definierten Voraussetzungen für Ausnahmen/ Befreiungen für NSG (§ 67 BNatSchG) und FFH-Gebiete (§ 34 BNatSchG), auch für zuführende Verkehrsstrassen im Großraum denkbar 	s.o. Tabelle Bauleitplanung
Entfesselungspakete NRW: https://www.wirtschaft.nrw/entfesselungspakete-der-landesregierung WSP: https://www.rheinisches-revier.de/neues/wirtschafts-und-strukturprogramm-wsp-1-0-hier-herunterladen-2019-12-13/ STN der Naturschutzverbände NRW: https://www.lb-naturschutz-nrw.de/news/strukturwandel-im-rheinischen-revier-naturschutzverbaende-kritisieren-den-bisherigen-planungsprozess.html Regionalplan Köln, Plankonzept: https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/ueberarbeitung/regionalplan_ueberarbeitung/plankonzept/index.html		

Status/ Geltungsbereiche:	Inhalt	Ziele/ Auswirkungen
Aktivitäten im Bereich zivilgesellschaftliche Mitwirkung und (gerichtliche) Kontrolle		
Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz (MgvG)		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für Liste konkret benannter, Verkehrsvorhaben im gesamten Bundesgebiet ▪ Verabschiedet und bereits ergänzt 2020 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zulassung von Vorhaben per Gesetz statt per Planfeststellung ▪ Keine Umweltverbandsklagen möglich >> NRW z.B.: <ul style="list-style-type: none"> – Aus-/ Neubau Schienenstrecke Hannover/ Bielefeld, – Ausbau Wesel-Datteln-Kanal – Abladeoptimierung Mittelfahrinne Rhein – alle Schienenprojekte im RR, ergänzt über § 2a, nach dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Planungs-/ Umsetzungsbeschleunigung nur durch Abschneiden des Rechtsschutzes, das Verfahren bleibt (mindestens) ebenso umfangreich
Seite des BMVI dazu mit STN: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Gesetze-19/entwurf-gesetz-zur-vorbereitung-schaffung-baurecht-durch-massnahmengesetz-im-verkehrsbereich.html?nn=382740		
Gesetze zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesweit ▪ Verabschiedet 2018/ 2020 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Plangenehmigung statt Planfeststellung für bestimmte UVP-pflichtige Verkehrsprojekte, damit keine Öffentlichkeitsbeteiligung ▪ Verkürzung der Klagebegründungsfrist in Gerichtsverfahren gegen Planfeststellungsbeschlüsse nach AEG, FStrG und WaStrG, Straßenbahnen nach dem Personenbeförderungsgesetz ▪ Ausweitung der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts auf bestimmte Schienenwege 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Planungsbeschleunigung durch Verkürzung/ Erschwernis des Rechtsschutzes und Beteiligungsabbau
Seite des BMVI dazu mit STN: 2018: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Gesetze-19/gesetz-zur-beschleunigung-von-planungs-und-genehmigungsverfahren-im-verkehrsbereich.html?nn=382740 2020: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Gesetze-19/entwurf-gesetz-zur-weiteren-beschleunigung-von-planungs-und-genehmigungsverfahren-im-verkehrsbereich.html?nn=382740		
Investitionserleichterungsgesetz		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesweit ▪ Referentenentwurf, Verbändeanhörung abgeschlossen, wird voraussichtlich bis Ende 2020 verabschiedet 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausdehnung des Wegfalls der aufschiebenden Wirkung von Anfechtungsklagen und Widersprüchen (damit Sofortvollzug) auf weitere Fälle der Zulassung von Infrastrukturvorhaben von überregionaler Bedeutung in den Bereichen Verkehr und digitale Infrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Planungsbeschleunigung durch Verkürzung/ Erschwernis des Rechtsschutzes und Beteiligungsabbau

Status/ Geltungsbereiche:	Inhalt	Ziele/ Auswirkungen
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausdehnung der Fälle mit erstinstanzlicher Zuständigkeit des OVG (Landesstraßen, bestimmte wasserrechtliche und bergrechtliche Planfeststellungsverfahren) ▪ nachträglich eingebracht: beides auch für Windkraftanlagen > 50m ▪ Änderung des UVPG zur Erleichterung der Zulassung besonderer Änderungen zur Modernisierung und Digitalisierung von Schienenwegen 	
<p>Seite des BMVI dazu mit STN: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Gesetze-19/investitionsbeschleunigungsgesetz.html?nn=382740</p>		